REZENSIONEN

Wir sind das Volk: kluge Vermessung der repräsentativen Demokratie und ihrer Gefährdungen

Steinberg, Rudolf: Die Repräsentation des Volkes, Menschenbild und demokratisches Regierungssystem, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013, 338 Seiten, € 89,–.

„Wir sind das Volk" riefen 1989 die Demonstranten in der DDR. Doch was ist das Volk? Vor dem Hintergrund des geschichtlich gewachsenen Menschenbilds und demokratischen Regierungssystems beschreibt *Rudolf Steinberg*, 2000 bis 2008 Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, in fünf Kapiteln das Volk im verfassten Gemeinwesen, erläutert dessen Repräsentation, beschreibt das Menschenbild in der Wissenschaft und behandelt (kritisch) plebiszitäre Ergänzungen der Repräsentativverfassung und deren mögliche Vertiefung.

Demokratie sei Herrschaft des Volks, doch werde es selten erklärt – zumal das Grundgesetz außer dem Volk in Art. 20 Abs. 2 Satz 1 die Einwohner in den Artikeln 51 Abs. 1 und 107 Abs. 1 Satz 4 nennt. Den Unterschied präzisiert der Autor nicht; doch er betont: „Zahlenmäßig bedeutsame Teile des Volkes, die keinen deutschen Pass besitzen, [werden] von demokratischen Mitwirkungsrechten ausgeschlossen, die sich nur durch Rekurs auf Homogenitätspostulate rechtfertigen lassen. Ihnen wird die Anerkennung ihrer Leistung für die Gesellschaft versagt; sie werden auf den Status von Metöken verwiesen" (S. 8). Im 19. Jahrhundert habe sich die von *Carl Schmitt* aufgegriffene mystische Vorstellung gebildet, „der als präexistent vorausgesetzte Wille des Volkes oder die politische Einheit des Volkes [werde] durch die Repräsentation reproduziert" (S. 15). Dieses Homogenitätsverlangen präge das politische Denken und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vor allem zu Europa. So kommt für *Paul Kirchhof* der Staat aus der Mitte kultureller, religiöser, ökonomischer und politischer Vorbefindlichkeiten.[1] Solange die Welt im Sinn von *Augustinus* als Schöpfungsordnung erklärt wird, nach *Thomas von Aquin* menschliche Natur und Ordnung der Dinge göttlichem Schöpfungsplan folgen, sei Staatsbildung eher das Aufspüren vorgefundener Ordnungen als willentliche Setzung. Doch unter anderem „das Fehlen einer gemeinsamen Sprache darf nicht gleichgesetzt werden mit dem Fehlen eines europäischen Volkes, ohne dessen Existenz ein europäisches demokratisches Gemeinwesen ausgeschlossen sein soll. … Auch [hier] spiegelt der Volksbegriff lediglich eine auch auf nationaler Ebene unterstellte Homogenität vor, die in Wirklichkeit längst aufgelöst ist" (S. 20). Nötig sei es, „die Möglichkeiten von Demokratie unter den Bedingungen eines pluralistischen Volkes nachzudenken, [doch] wird an einem mystischen Volksbegriff festgehalten und gefordert, die fehlende Homogenität durch entsprechende Maßnahmen zu schaffen" (S. 27).

In einer Kaskade (rechts-)philosophischer Literatur zeichnet *Steinberg* das Bild des Menschen in der Wissenschaft. Geschichte gelte als Fortschritt. „So erhielt der Fortschrittsglaube gleichsam eine religiöse Weihe des Wissenschaftsglaubens … Die Geschichte wird gesteuert nicht von den Einzelnen, sondern von globalen Mächten, die zu erkennen Sache des

1 Vgl. *Paul Kirchhof*, Der Deutsche Staat im Prozess der europäischen Integration, in: *Josef Isensee / ders.* (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band VII, Heidelberg 1992, S. 855 – 887, S. 865 ff.

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2014-2-488
Generiert durch IP '3.144.88.242', am 12.10.2024, 04:51:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Wissenschaftlers darstellt" (S. 44). Not tue der Verzicht auf blauäugige, technischen Fortschritt betonende Hoffnungen und kritische Reflexion technischer Entwicklungen. Es gehe um den Sozialcharakter zunehmend außengesteuerter Menschen und die Macht des Kapitals: „Entspricht es wirklich den menschlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen, dass in den letzten Jahren die Finanzbranche hunderttausende von hochqualifizierten jungen Menschen angezogen hat, die seitdem Produkte entwickeln und vertreiben, die … niemandem nützen, während sie anderswo … drängende Probleme hätten anpacken können?" (S. 61) „Meine Heimat ist der Markt" (S. 74), sagte der ehemalige Chef der Höchst AG *Jürgen Dormann*. *Philipp Mißfelder*, Vorsitzender der Jungen Union, gesteht über 80-Jährigen keine neue Hüfte zu.

Rudolf Steinberg verweist auf den Konformitätsdruck der öffentlichen Meinung, auf verheerende Wirkungen privater Fernsehsender und ungewisse Folgen der neuen Medien. Die Repräsentation werde durch die zunehmende soziale Diversität und Heterogenität der Bevölkerung gefährdet und durch den Populismus, der auf der Verunsicherung durch rasanten wirtschaftlichen und sozialen Wandel und der wachsenden Unübersichtlichkeit der Welt gedeiht. *Steinberg* lobt den Beitrag der Zivilgesellschaft, vor allem der NGOs, an der Weiterentwicklung und Neuorientierung des Gemeinwesens. Besonderes Anliegen sind ihm die bürgerliche Gesellschaft und ihr Engagement, denn der Weg in die Tyrannei werde „weniger mittels Gewalt und Unterdrückung erfolgen als vielmehr durch eine schleichende Transformation der menschlichen Natur, die unter dem Druck wissenschaftlich-technologischer, sozialer und nicht zuletzt medialer Imperative die Fähigkeit selbstverantwortlicher Gestaltung ihrer Lebensumwelt immer mehr verliert" (S. 137). Das Funktionieren der Gemeinschaft verlange, „dass die repräsentative Herrschaft über hinreichende Autorität verfügen muss, sollen ihre Entscheidungen als verbindlich von den Beherrschten akzeptiert werden" (S. 164). Die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung sei „unabdingbar zu erwarten bei den Minderheiten, die sich insoweit … als gesellschaftliche Eliten verstehen" (S. 165).

Vehement streitet der Autor gegen Plebiszite. „In der direkten Demokratie entscheidet nicht ‚das' Volk, sondern in der Regel eine sehr kleine Minderheit, welche die zur Entscheidung gestellte Frage stellt, der wiederum eine mehr oder weniger kleine Minderheit akklamiert" (S. 207). Die Dominanz bessergestellter Gruppen führe zur Mittelschichtdemokratie. Dies gilt vor allem für Sachentscheidungen, deren Komplexität sie dem Ja/Nein-Schema entziehe. Sinnvoll seien sie auf lokaler Ebene. *Steinberg* verweist auf die Schweizer Finanzreferenden und fordert frühzeitige transparente Einbeziehung der Bevölkerung in Planungen. Weniger Probleme sieht er bei Personalreferenden, auch der Wahl der Mitglieder des Bundesrats als „eine der Bastionen bürokratisch-hierarchischer Politikgestaltung" (S. 229), nicht aber des Bundespräsidenten. Positiv beurteilt er Verfassungsreferenden und kritisiert ihr Ausbleiben zur Wiedervereinigung trotz Art. 146 GG a.F. „Die heutige republikanische und demokratische Verfassung ist auf die repräsentative Hervorbringung von für das Gemeinwesen verbindlichen Entscheidungen angewiesen" (S. 268). Gefährdet sei dies durch wachsende soziale Spaltung und durch Mängel der kommunikativen und deliberativen Prozesse. Das Buch führt durch die Untiefen von Gesellschaft und Verfassung, Parlament und öffentlicher Meinung und endet mit dem Ruf nach politischer Führung jenseits jeder Basta-Politik. *Steinberg* ist eine umfassende Studie gelungen, die hervorragend dokumentiert und in hohem Maße lesenswert ist.

Erich Röper

https://doi.org/10.5771/0340-1758-2014-2-488
Generiert durch IP '3.144.88.242', am 12.10.2024, 04:51:33.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.